

# Presse

Nr. 23/12 vom 17.10.2023

Arbeitskreis „Energie und Verkehr“

## Die Hürden der Umsetzung der AFIR-Verordnung auf nationaler Ebene

**Berlin, 17.10.2023 – Die AFIR-Verordnung ist ein zentraler Bestandteil des „Fit für 55“-Pakets der EU und zielt auf den Ausbau von Lade- und Tankinfrastrukturen für alternative Kraftstoffe in Europa ab. Experten aus Wissenschaft, Industrie und Politik diskutierten im Arbeitskreis „Energie und Verkehr“ über Wege und Perspektiven für eine Umsetzung in Deutschland.**

Frau Lena Fiebig, Stellv. Referatsleiterin G 22 – Klimafreundliche Nutzfahrzeuge und Infrastruktur beim Bundesministerium für Digitales und Verkehr erläuterte die Umsetzungspläne der AFIR-Verordnung des Ministeriums. Sie betonte, dass die Bundesregierung mit dem Masterplan Ladeinfrastruktur II und den Planungen für ein Wasserstofftankstellen-Grundnetz bereits erste Schritte in Richtung Umsetzung unternommen habe. Dabei machte sie deutlich, dass die festgelegten Ausbauziele für den Straßenverkehr bis 2030 lediglich als Mindestziele zu verstehen seien. Um eine bedarfsgerechte Versorgung von Nullemissionsfahrzeugen sicherzustellen, sei eine deutliche Übererfüllung dieser Ziele erforderlich.

Die Regelungen der AFIR-Verordnung bringen laut Frau Fiebig nicht nur Planungssicherheit für Unternehmen, sondern auch für Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie unterstrich die Notwendigkeit, dass die ambitionierten Ziele der Verordnung trotz der aktuellen Herausforderungen zu erreichen seien und betonte die Rolle der Bundesregierung als treibende Kraft hinter diesen Bemühungen.

Christopher Krug, verantwortlich für die strategische Unternehmensentwicklung bei der N-ERGIE Aktiengesellschaft, führte die Diskussion fort und beleuchtete die spezifischen Herausforderungen, vor denen Stadtwerke im Kontext der AFIR-Verordnung stehen. So sei es z.B. notwendig, das Debitkarten Terminal in der LSV gemäß der AFIR-VO anzupassen, insbesondere für Anlagen mit einer Leistung von mehr als 50 KW. Krug wies darauf hin, dass der §7c des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) eine Ausnahmeregelung für nicht entflechtete Stadtwerke benötige, die sich an das allgemeine EnWG anlehne. Ohne diese Anpassung sei es für Stadtwerke schwierig, ihren Daseinsvorsorge-Auftrag in Bezug auf die Ladeinfrastruktur weiterhin zu erfüllen. Abschließend unterstrich er die Bedeutung der Stadtwerke. Sie seien die zentralen Akteure beim Aufbau der Ladeinfrastruktur; insbesondere in ländlichen Gebieten. Er forderte eine stärkere Anerkennung und Partnerschaftlichkeit im Umgang mit den Stadtwerken und eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Kathleen Kollwe, Managerin für Energie- und Klimapolitik beim MEW Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e.V., brachte die Perspektive des Mittelstands in die Diskussion ein. Sie betonte, dass der Mittelstand die Stärkung des vertragsungebundenen Bezahls ausdrücklich begrüße, da dies die Funktionsweise des Tankstellenmarktes unterstütze. Sie forderte, dass gleiche Maßstäbe in Bezug auf Markttransparenz und die Gleichbehandlung von flüssigem Tanken und elektrischem Laden angewendet werden sollten. Sie betonte ferner die Notwendigkeit, Netzanschlüsse für die Ladeinfrastruktur zu priorisieren, wodurch eine annähernde Verdopplung der Ladeinfrastrukturstationen (LIS) möglich wäre. Sie sprach sich zudem gegen die Monopolstellung großer Anbieter aus und forderte einen diskriminierungsfreien Zugang zur Ladeinfrastruktur. Abschließend unterstrich Kollwe die Bedeutung von Investitionssicherheit und Verlässlichkeit für den Mittelstand und appellierte an eine Reduzierung bürokratischer Hürden sowie eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.

Tobias Hünlich, Inorganic Growth Project Lead bei BP Europa SE / Aral pulse, verwies auf die Vielfalt der Ansätze, die BP im LKW-Bereich verfolge, einschließlich HVO,

BIO LNG, BIO CNG, Elektrifizierung und Wasserstoff. Mit Aral pulse, einer Tochtergesellschaft von BP, positioniere sich das Unternehmen als führender Anbieter im Bereich des Ladens von Elektrofahrzeugen, sowohl für PKW als auch LKW. Hünlich wies auf die Herausforderungen hin, vor denen die LKW-Industrie stehe, insbesondere im Hinblick auf Dekarbonisierung, steigende Kosten und Emissionsvorschriften. Er betonte, dass der Ausbau der Ladeinfrastruktur auf Hindernisse wie bürokratische Hürden, Platz- und Konzessionsprobleme sowie die Notwendigkeit einer Erweiterung der Netzkapazität stoße. Hünlich schlug vor, die AFIR-Verordnung in Bereichen wie Bürokratieabbau, finanzielle Unterstützung, Standardisierung und Flexibilität zu verbessern.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion, moderiert von MR Helge Pols, Referatsleiter G 20 – Grundsatzfragen der klimafreundlichen Mobilität beim Bundesministerium für Digitales und Verkehr, diskutierten die Bundestagsabgeordneten Dr. Christoph Ploß (CDU/CSU), Jan Plobner (SPD) und Stefan Gelbhaar (Bündnis 90/Die Grünen) über die Herausforderungen und Perspektiven der AFIR-Verordnung aus. Einigkeit herrschte darüber, dass die Ziele der AFIR-Verordnung bis 2030 unbedingt erreicht werden müssen. Ploß brachte jedoch die kritische Frage auf, woher der benötigte Strom kommen und wie er zu den Verbrauchern gelangen solle. Er wies darauf hin, dass Deutschland in Zeiten hoher Nachfrage teuren Strom auf dem europäischen Markt zukaufen müsse. Gelbhaar betonte die Notwendigkeit präziser Umsetzungsvorschriften und sprach sich für die Einführung einer DIN-Norm für die beteiligten Gewerke aus. Plobner wiederum unterstrich die Bedeutung des Ausbaus von Speicherkapazitäten, um die Netzstabilität zu gewährleisten. Ein Konsens bestand bei den Abgeordneten in der Frage der Speicherung, insbesondere im Hinblick auf bi-direktionales Laden, und der Notwendigkeit, den Ausbau von Speicherkapazitäten zu fördern.

Wir danken der BP Europa SE für die Unterstützung sowie der Robert Bosch GmbH für die Gastfreundschaft.

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der [Website](#) (Presse/Publicationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: [info@zukunftsenergien.de](mailto:info@zukunftsenergien.de).

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

### **Kontakt:**

Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Reinhardtstr. 3  
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
[www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)  
Twitter @FfZeV  
LinkedIn @FfZeV